

# N i e d e r s c h r i f t

## der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Betriebsausschusses Eigenbetrieb Kindertagesstätten am 08.03.2013

### *öffentlich*

---

**Ort:**

**Ratshof, R. 105  
Marktplatz 1  
06108 Halle**

**Zeit:**

**14:00 Uhr bis 15:10 Uhr**

**Anwesenheit:**

**siehe Teilnehmerverzeichnis**

**Anwesend sind:**

Herr Norbert Böhnke  
Herr Andreas Scholtyssek  
Frau Ute Haupt  
Herr Swen Knöchel  
Frau Katharina Hintz  
Frau Sabine Wolff  
Frau Sylvia Weiß  
Frau Karin Schmidt  
Herr Jens Kreisel  
Frau Katrin Lademann  
Frau Dagmar Schöps  
Herr Christian Heine

bevollmächtigt für Herrn Beigeordneten Kogge  
CDU  
DIE LINKE.  
DIE LINKE.  
SPD Vertretung für Frau Hanna Haupt  
MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM  
EB Kita  
EB Kita  
Betriebsleiter EB Kita  
EB Kita  
FB Bildung  
BMA

**Entschuldigt fehlen:**

Frau Hanna Haupt  
Frau Dr. Inés Brock

SPD Vertretung durch Katharina Hintz  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses des Eigenbetriebs Kindertagesstätten wurde durch **Herrn Böhnke**, persönlicher Referent des Beigeordneten Tobias Kogge, eröffnet und geleitet. Herr Böhnke wurde bevollmächtigt, für Herrn Beigeordneten Kogge die Ausschusssitzung zu leiten. Die Vollmacht liegt dem Protokoll bei. Herr Böhnke stellte die Beschlussfähigkeit fest, es waren 8 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

**Herr Böhnke** stellte Herrn Lorenz von Rauschenbach & Kollegen GmbH den Ausschussmitgliedern vor, welcher sich für die Wirtschaftsprüfung des Eigenbetriebs verantwortlich zeichnet.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Böhnke, persönlicher Referent des Beigeordneten Tobias Kogge**, fragte ob Änderungswünsche zur Tagesordnung bestehen.

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE**, bat den TOP Anregungen aufzunehmen.

**Herr Böhnke** bat um Abstimmung der Tagesordnung mit dem TO Punkt 6. Anregungen.

**Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung: zugestimmt**

Somit wurde folgende **geänderte Tagesordnung** festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 18.1.2013
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Jahresabschluss 2011 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/11173
5. Beantwortung von mündlichen Anfragen
6. Anregungen

### zu 3      **Genehmigung der Niederschrift vom 18.1.2013**

---

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE,**

bat um Ergänzung der Niederschrift - öffentlicher Teil- „Anregungen“ um folgenden Sachverhalt. Zukünftig sollte der Wirtschaftsprüfer zu den Bilanzsitzungen des Betriebsausschusses eingeladen werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Böhnke** bat um Abstimmung der Niederschrift vom 18.1.2013.

**Abstimmungsergebnis:**                      **zugestimmt**

6 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

### zu 4      **Beschlussvorlagen**

---

#### zu 4.1      **Jahresabschluss 2011 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: V/2012/11173**

---

**Herr Kreisel, Betriebsleiter EB Kita:**

Es erfolgte eine Verständigung mit allen Verantwortlichen. Die Forderung wurde neu bewertet. Die Abstimmung mit dem Beigeordneten für Finanzen hatte zum Ergebnis, dass die Forderung im laufenden Haushalt 2013 aufgenommen wird.

Im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes wird sie daher nunmehr als Einnahme dargestellt. Des Weiteren wurde in den laufenden HH-Gesprächen der Zuschuss um 1 Mio. EUR angehoben. Unter diesen Eckpunkten kann nun ein für den EB Kita auskömmlicher und in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichener Wirtschaftsplan erstellt werden.

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE,**

begrüßte die erfolgte Einigung. Auch im Hinblick auf den Wirtschaftsplan und den städtischen Haushalt.

Die Eltern haben durch den Bescheid der Ermäßigung einen vollstreckbaren Titel und damit ergibt sich die Pflicht mit diesen Forderungen entsprechend verantwortungsbewusst umzugehen.

Herr Knöchel ging dann nochmal auf die Abweichungen zum Wirtschaftsplan ein. Die Abweichungen waren nicht unerheblich. Aussagen dazu macht der Jahresabschluss diesbezüglich nicht.

1,5 Mio Euro sollten erklärt werden und es sollte eine entsprechende Transparenz der Kosten erfolgen.

Auch wenn der TO Punkt Anregungen aufgenommen wurde, würde er seinen Vorschlag entsprechend wie folgt unterbreiten.

Der Betriebsleiter sollte mit der BMA klären, über welche Vorgänge zukünftig berichtet werden sollten. Aus seiner Sicht wären es folgende Vorgänge:

- Inanspruchnahme von Personaldienstleistern
- Auslastung des Wirtschaftsplans
- Personalentscheidungen (Leitungsbesetzung u.ä.)
- Personalunterbesetzungen
- Investitionsmaßnahmen und Abläufe
- Kinderschutzfälle

Zu prüfen wäre hier entsprechend öffentlicher bzw. nichtöffentlicher Teil.

Zielführend wäre ein entsprechender Vorschlag in der nächsten Ausschusssitzung.

**Herr Kreisel** stimmte der Verstetigung der Berichte zu und wird die Anregung entsprechend aufnehmen und für die nächste Sitzung einen Vorschlag einbringen.

Er betonte, dass es ihm wichtig ist, die Arbeit des EB Kita entsprechend darzustellen. Es soll nicht der Eindruck entstehen, dass nicht ausreichend berichtet werde. Weder die im EB Kita etablierten Berichte, noch die Datenlage stehen dem entgegen.

**Herr Böhnke, persönlicher Referent des Herrn Beigeordneten Kogge** bat um Vorlage der Vorschläge in der nächsten Sitzung, auch unter Beachtung der entsprechenden Berichtspflichten gemäß Satzung.

**Herr Knöchel** fragte Herrn Lorenz, wie er die Abweichungen zum Wirtschaftsplan sieht.

**Herr Lorenz, Wirtschaftsprüfer:**

Der Jahresabschluss dient nicht dazu einen detaillierten Abgleich zum Wirtschaftsplan zu erstellen. Im Jahresabschluss wird das Bild der gesamten wirtschaftlichen Lage beschrieben.

**Herr Knöchel** hält es jedoch für wichtig, wesentliche Abweichungen zu benennen, z. B. Zinsaufwendungen

Es geht um Auswirkungen auch für die Zukunft. Es ist wichtig, dass die Ausschussmitglieder wissen, wo Differenzen zu finden sind.

Er findet die Darstellung nicht befriedigend und hat dazu eben auch eine andere Auffassung.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM,**

hinterfragte nochmal das Thema Forderungsverzicht, da die Auffassung der Fraktion hier auch so war, dass man eigentlich nicht auf die Forderung verzichten kann.

**Herr Kreisel:**

Es ist tatsächlich so, dass es kein Forderungsverzicht ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Böhnke** bat um Abstimmung der Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:**

**- einstimmig zugestimmt**

6 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

## **Beschlussvorschlag:**

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Beschluss V/2011/09956 zur Abführung von 323.734,82 EURO aus dem Jahresabschluss 2010 an die Stadt Halle (Saale) in der Gestalt umgesetzt wurde, dass der Zuschuss in 2012 um 300.964,00 EURO gekürzt und seitens der Stadt Halle/Saale verrechnet wurde.  
Zum Differenzbetrag von 22.770,82 EURO wird der Ausschüttungsbeschluss bestätigt.
2. Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2011 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten mit  
Bilanzsumme: 43.012.001,06 EURO  
Jahresüberschuss: 37.060,99 EURO  
wird festgestellt.
3. Der Jahresüberschuss in Höhe von 37.060,99 EURO wird auf neue Rechnung vorgetragen.
4. Dem Betriebsleiter des Eigenbetriebes Kindertagesstätten wird für das Wirtschaftsjahr 2011 Entlastung erteilt.

## **zu 5 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

### **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM:**

Problematisch ist immer die Terminsetzung zum nächsten Betriebsausschuss. Es ist ihr nicht möglich, am 12.4.13 teilzunehmen. Parallel tagt die TOO GmbH. Auch ihrer Fraktion ist es nicht möglich, einen Vertreter zu entsenden. Sie stuft den Betriebsausschuss als Gremium des Stadtrats ein. Damit gelten für den Betriebsausschuss dieselben Regeln wie für andere Ausschüsse des Stadtrats.

**Herr Böhnke, persönlicher Referent des Herrn Beigeordneten Kogge,** sagte eine entsprechende Prüfung zu und wird auch die Termine anderer Ausschüsse etc. abgleichen lassen.  
Prüfergebnis wird dem Protokoll beigelegt.

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE,** gab zu bedenken, dass auch schon eine Sitzung eines beschließenden Ausschusses aufgehoben wurde, da sie für 13:00 Uhr angesetzt wurde und nicht alle Mitglieder die Chance der Teilnahme hatten. (Rechtsfall)

**Frau Wolff** betonte, dass damit ja auch ihre Auffassung rechtliche Untersetzung findet.

### **Herr Scholtyssek, CDU Fraktion:**

Wie vereinbaren sich die Aufwendungen für die KiFöG Änderungen mit dem noch nicht beschlossenen Haushalt.

### **Herr Kreisel, Betriebsleiter EB Kita:**

Der derzeitige Wirtschaftsplan berücksichtigt keine Gesetzesänderung. Sobald neben der Elternbefragung (Wechselrate von halbtags auf ganztags) die Verordnungen des Landes Sachsen-Anhalt zum KiFöG eine Kalkulation zu lassen, wird ein Nachtragswirtschaftsplan erstellt. Dabei ist zu beachten, dass die KiFöG-Änderung auch Vorlaufkosten verursacht, die ebenfalls geplant werden müssen und in den Nachtragswirtschaftsplan einfließen.

Zum aktuellen Wirtschaftsplan ist zu sagen, dass alle Dezernate ihn bestätigt haben und er damit am 18.01.13 in den Ausschuss eingebracht wurde. Während des Gremienlaufes fand jedoch die HH-Klausur statt, in dessen Folge es zu den Differenzen zwischen städtischen HH und Wirtschaftsplan EB Kita kam. Derzeit befindet sich der EB Kita dazu in Abstimmung und es wird gemeinsam mit der Stadt Halle an einer Lösung gearbeitet.

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE,**

fragte an, ob die Stadt gegenüber dem EB Kita Aussagen getroffen hat, zur Darstellung der Mehreinnahmen durch Zuschüsse des Landes.

**Herr Kreisel** verneint die Anfrage. Es ist dem EB Kita nicht möglich diese Pauschalen auszuweisen, da diese vom Fachbereich Bildung dem EB Kita nicht mehr mitgeteilt werden. Die Zahlungen gehen ausschließlich an die Sitzgemeinde und werden so im Wirtschaftsplan ausgewiesen. Zufriedenstellend ist dies nicht, da so die Transparenz zur Herkunft der Mittel eingeschränkt wird.

**Frau Schöps, FB Bildung:**

Von allen Trägern werden jetzt die entsprechenden Hochrechnungen abgefragt. Dann kann eine Aussage über Mehreinnahmen und Mehrbedarfe getroffen werden. Bei den Finanzierungen wird sich das Ministerium auch auf Zahlen aus 2012 beziehen.

**Frau Wolff:**

Für den Unterausschuss Planung ist es auch wichtig, wie Eltern sich entschließen.

**Herr Kreisel:**

Dazu gibt es derzeit im Eigenbetrieb eine Elternabfrage.

**Frau Wolff** wünscht, dass zukünftig aussagekräftige Zahlen zur Verfügung gestellt werden.

**Herr Böhnke** sagte hier eine entsprechende Sorgfalt zu.

**Herr Scholtyssek:**

Wie gehen wir damit um, wenn das Landesverwaltungsamt den städtischen Haushalt nicht bestätigt?

**Herr Böhnke:**

Es wird nicht davon ausgegangen. Wenn doch, darf sich die Stadt nur wieder den Pflichtaufgaben stellen.

Es gab keine weiteren Anfragen.

**zu 6      Anregungen**

---

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM**, bat darum Anfangs- und Endzeiten des Ausschusses in Session einzustellen.

**Frau Lademann, EB Kita**, teilte hierzu mit, dass die Einstellung der Anfangs- und Endzeiten in der Vergangenheit immer vollzogen wurde, da die Mitarbeiter des Stadtratsbüro hier eine Kontrollfunktion ausüben.

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE**, bat um die bereits besprochenen Darstellungen in der nächsten Sitzung.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 21.03.13

---

Norbert Böhnke  
Persönlicher Referent des  
Beigeordneten Tobias Kogge

---

Katrin Lademann  
Protokollführer/in